

Ausführungen von Kurt Bock,

Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),

am 6. Dezember 2017 auf der Jahrespressekonferenz in Frankfurt

(Es gilt das gesprochene Wort)

I. Wirtschaftliche Lage der Branche

Sehr geehrte Damen und Herren,

die chemisch-pharmazeutische Industrie kann 2017 auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken. Im Jahresverlauf nahm die Industriekonjunktur im Inland Fahrt auf. Gleiches traf auf unsere europäischen Nachbarländer zu. Beim Handel mit Kunden in Übersee profitierten unsere Unternehmen von der robusten Nachfrage aus China, der Belebung der Wirtschaft in den USA und der wirtschaftlichen Stabilisierung in Brasilien, Russland und anderen Schwellenländern.

In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich der Aufschwung. Aktuell bewerten die Unternehmen ihre Geschäftslage ähnlich positiv wie zuletzt 2010, als sich nach der Weltwirtschaftskrise eine rasante Erholung einstellte.

Insgesamt können wir nach eher durchwachsenen Ergebnissen in den Jahren 2014 bis 2016 für das laufende Geschäftsjahr wieder das Prädikat „gut“ verwenden. Die Zahlen für das Jahr 2017 im Detail:

- Die **Produktion** der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland stieg um 2,5 Prozent. Rechnet man das starke Pharmageschäft heraus, legte die Produktion der Chemie immer noch um 2 Prozent zu. Die Kapazitäten der Branche waren mit rund 87 Prozent überdurchschnittlich gut ausgelastet.

Von der konjunkturellen Belebung profitierten alle Segmente der Branche. Das zeigt der Blick auf die Entwicklung in den einzelnen Sparten:

Grafik 1:
**Produktion
nach
Halbjahren**

Grafik 2:
**Entwicklung
Kapazitäts-
auslastung**

- In der **Basischemie** konnten die Unternehmen ihre Produktion nach den Rückschlägen der vergangenen Jahre wieder deutlich ausweiten. Die Produktion von anorganischen Grundstoffen stieg im Gesamtjahr um 4 Prozent. Auch die Produktion von Polymeren, zu denen Kunststoffe und Chemiefasern zählen, legte mit einem Plus von 3 Prozent kräftig zu. Allein die Produktion von petrochemischen Grundstoffen verbuchte im Gesamtjahr noch ein Minus von 1,5 Prozent. Aber auch hier scheinen wir nach mehreren Jahren des Rückgangs die Wende geschafft zu haben: Im zweiten Halbjahr lag die Produktion um 1 Prozent höher als ein Jahr zuvor.
- Die gute Industriekonjunktur in Deutschland und Europa belebte auch das Geschäft mit **Fein- und Spezialchemikalien**. Ihre Produktion stieg 2017 um 2,5 Prozent.
- Die Konsumenten zeigten sich in Kauflaune. Davon profitierten auch die Hersteller von Seifen, Wasch- und Reinigungsmitteln sowie Kosmetika. Die Hersteller **konsumnaher Produkte** konnten die Menge um 4 Prozent ausweiten.
- Die Nachfrage nach **pharmazeutischen Erzeugnissen** legte im In- und Ausland kräftig zu. Das Produktionsplus beträgt 4,5 Prozent.
- Angesichts gut ausgelasteter Kapazitäten und wachsender Nachfrage konnten die Chemieunternehmen die steigenden Rohstoffkosten zunehmend an die Kunden weitergeben und Preiserhöhungen durchsetzen. Die **Erzeugerpreise** stiegen im Gesamtjahr um 3 Prozent.

Naphtha (Rohbenzin) – der wichtigste Rohstoff unserer Branche – verteuerte sich 2017 kräftig (+ 22,5 Prozent) auf 425 Euro je Tonne. Auslöser für diesen Anstieg war das Anziehen der Preise für Rohöl. Mit durchschnittlich 54 Dollar zahlte man pro Barrel 2017 rund 20 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

- Zum **Umsatz**: Ein positives Mengengeschäft mit steigenden Erzeugerpreisen sicherte den deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen ein kräftiges Umsatzplus. Die Erlöse der Branche legten insgesamt um 5,5 Prozent auf knapp 195 Milliarden Euro zu.

Grafik 3:
Veränderung
**Produktion
Sparten 2017**

Grafik 4
Entwicklung
Erzeugerpreise

Grafik 5
Veränderung
Kernindikatoren

- Der Inlandsumsatz steigerte sich um 4,5 Prozent.
 - Der Auslandsumsatz erhöhte sich sogar um 6,5 Prozent. Neben dem Europageschäft (+ 5,5 Prozent) verliefen auch die Verkäufe nach Nordamerika (+ 3 Prozent) und Asien (+ 8 Prozent) positiv. Die nach wie vor schwierige Lage in Brasilien wirkte sich hingegen dämpfend auf den Export in die Region Lateinamerika (- 2,5 Prozent) aus.
- **Beschäftigung:** Die Zahl der Beschäftigten in der Branche stieg um 1 Prozent auf 451.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist der höchste Stand seit dreizehn Jahren. Der Tiefpunkt lag mit 414.800 Beschäftigten im Jahr 2010.

Grafik 6
Entwicklung
Beschäftigung

Die Beschäftigungsperspektiven in der Branche sind gut. Viele Mitarbeiter gehen in den kommenden Jahren altersbedingt in den Ruhestand. Die freien Stellen mit geeignetem Personal zu besetzen, wird angesichts der demografischen Entwicklung immer anspruchsvoller. 2016 lag das Durchschnittsalter der Chemie-Beschäftigten bei 42,9 Jahren. Zur Jahrtausendwende war der Vergleichswert noch bei 40,1 Jahren.

- **Ausblick:** Die Geschäftserwartungen der Chemieunternehmen sind zum Jahresende 2017 verhalten optimistisch. Zahlreiche politische Risikofaktoren geben Anlass, sich auf weiterhin sehr turbulente Zeiten einzustellen. Dazu gehören zum Beispiel die Unsicherheit, wie und wann eine neue Bundesregierung arbeitsfähig ist und welche Ausprägung ihre Wirtschafts- und Energiepolitik haben wird. Und dazu zählen auch der bevorstehende – möglicherweise harte – Brexit oder die geopolitischen Spannungen im arabischen und ost-asiatischen Raum.

Bei den Unternehmen überwiegt aber die Zuversicht, dass sich trotz dieser Turbulenzen der Aufschwung im deutschen Chemiegeschäft im kommenden Jahr fortsetzen wird. Der Aufwärtstrend in Europa scheint robust, dadurch dürfte das Exportgeschäft weiter Rückenwind erhalten. Gleichzeitig stehen die Zeichen für die deutsche Industrieproduktion weiterhin auf Wachstum.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Nachfrage nach Chemikalien und Pharmazeutika weiter steigt. Allerdings rechnen wir mit etwas nachlassender Dynamik. Nach dem guten Jahr 2017 und wegen der hohen Kapazitätsauslastung wird das Wachstumstempo der Chemie leicht zurückgehen.

■ In Zahlen heißt das für die **Prognose** 2018: Für das kommende Jahr rechnen wir für unsere Branche mit einem

- Produktionsplus von 2,0 Prozent.
- Bei steigenden Preisen (+1,0 Prozent) sollte der Umsatz um 3,0 Prozent wachsen und könnte damit erstmals die Schwelle von 200 Milliarden Euro erreichen. Im Inland erwarten wir ein Plus von 2,5 Prozent, der Auslandsumsatz dürfte um 3,5 Prozent zulegen.

Grafik 7
Prognose 2018
BIP, Industrie-
und Chemie-
produktion

II. Bewertung Unsicherheitsfaktor Scheitern der Sondierungsgespräche

Meine Damen und Herren,

die chemische Industrie sowie die gesamte deutsche Exportwirtschaft sind in guter Verfassung. Das spielt eine wesentliche Rolle bei der Schätzung des Finanzministeriums, wie sich die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen bis zum Ende dieser Legislaturperiode entwickeln. Die Körperschaften können in den nächsten vier Jahren über 40 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen in ihrem Haushalt einplanen.

Der finanzielle Gestaltungsspielraum der künftigen Bundesregierung ist damit so groß wie noch nie. Alle Voraussetzungen sind gegeben, nachhaltig wirkende Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und der Modernisierung der Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Trotzdem ist den Parteien in den Sondierungsgesprächen keine Einigung auf einen gemeinsamen Plan für Deutschland gelungen. Das ist bedauerlich und unbefriedigend.

Denn: Ob es die Gestaltung einer wettbewerbsfähigen Energielandschaft ist, der dringend erforderliche Ausbau der digitalen Infrastruktur oder die aktive Auseinandersetzung mit den EU-Reformplänen des französischen Präsidenten – wir brauchen eine handlungsfähige Regierung.

Immerhin bei einem Thema setze ich auf einen alle Parteien übergreifenden Konsens: **Bildung, Forschung und Innovation** müssen gestärkt werden. Wir unterstützen das Ziel, die Ausgaben Deutschlands für Forschung und Entwicklung bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttosozialproduktes zu steigern. Und die chemische Industrie hat dazu im vergangenen Jahr alleine einen Betrag von 10,5 Milliarden Euro beigesteuert.

Aber wir brauchen noch größere Anstrengungen. Die steuerliche Forschungsförderung ist eines der Instrumente, die dafür eingesetzt werden sollten – und zwar über alle Betriebsgrößen hinweg. Denn damit wird direkt auf die Stärke der deutschen Forschungsstruktur aufgebaut: die enge Kooperation zwischen Unternehmen aller Größen. Damit wird das maximale Innovationspotenzial in der Wirtschaft aktiviert.

Ich kann Ihnen versichern: Die chemisch-pharmazeutische Industrie wird jeden Euro, den die Unternehmen durch die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung erhalten, in zusätzliche Forschungsaktivitäten in Deutschland in mindestens gleicher Höhe investieren.

Zwei weitere, untrennbar miteinander verbundene Themen, die fundamentale Bedeutung für die chemische Industrie haben, sind **Klimaschutz und Energiepolitik**. Alle politischen Parteien fühlen sich der Erfüllung des Pariser Abkommens bis 2050 verpflichtet. Das trifft auch für die Chemie zu. Aber wohl kaum ein anderes Thema hat eine so hohe Komplexität und kaum anderswo gibt es so viele Wechselwirkungen und Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft zu berücksichtigen.

Für uns ist eine kluge Industrie- und Innovationspolitik die beste Klimapolitik. Denn die Innovationen der deutschen Industrie tragen ganz wesentlich zur Reduzierung von CO₂-Emissionen auf der ganzen Welt bei: Fortschritte bei energieeffizientem Wohnen, umweltverträglicher Mobilität und klimaschonender Energieerzeugung sind ohne unsere Produkte kaum denkbar.

Studien besagen, dass eine CO₂-Reduktion um 80 Prozent bis 2050 in Deutschland technologisch möglich ist. Allerdings braucht es dafür zwingend drei Elemente: eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der dafür erforderlichen Maßnahmen in vielen Lebensbereichen, einen Konsens über die Verteilung der damit verbundenen Kosten und eine Industriepolitik, die uns ermöglicht, das zu leisten, was wir können: Innovationen für den Klimaschutz.

Und daher gilt es zu beachten: Alle Entscheidungen, die zu weiteren Erhöhungen der Strompreise und einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führen, haben einen negativen Einfluss auf die Innovationsfähigkeit und die insgesamt über 830.000 Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie. Dazu gehören die Chemie-, Stahl-, Metall-, Baustoff-, Glas- und Papierindustrie. Deshalb warnen wir vor energiepolitischen Plänen, die sich zu Lasten des Industriestandortes Deutschland auswirken.

Grafik 8
Energiepreise
Ländervergleich
EU H1/2017

Eine wettbewerbsfähige Grundstoffproduktion muss auch weiterhin in diesen Branchen möglich sein. Das politische Konzept, Energie – sei es absichtlich oder als Nebeneffekt – immer weiter zu verteuern, verschlechtert die Wettbewerbsbedingungen und das Investitionsklima in Deutschland. Denn andere Regionen, allen voran die USA, gehen einen entgegengesetzten Weg: Sie versuchen, über niedrige Energiepreise Investitionen anzuziehen. Und sie sind damit auch erfolgreich.

Deshalb halten wir Überlegungen zu einer nationalen CO₂-Steuer oder einem überhasteten Ausstieg aus der Kohleenergie für die falschen Schritte. Beides würde zu einem Anstieg der Strompreise führen. Laut einer Studie von „Frontier Economics“ zum Kohleausstieg könnte der Aufschlag 10 Euro je Megawattstunde oder umgerechnet rund 30 Prozent auf den heutigen Börsenpreis betragen. Dies würde vor allem die derzeit aus Wettbewerbsgründen entlasteten energieintensiven Unternehmen treffen. Ein solcher Kostenschub hätte unweigerlich Konsequenzen für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.

90 Prozent unserer Mitgliedsunternehmen, die keine Entlastung erhalten, zahlen schon heute einen durchschnittlichen Strompreis, der über dem EU-Mittelwert liegt.

Zudem erachten die Betreiber der Stromnetze einen solchen Einschnitt als gefährlich für die Versorgungssicherheit. Sie sehen große Herausforderungen für die Stabilität des Transportnetzes und das Verhindern von Blackouts. Nicht umsonst verbietet die Bundesnetzagentur bislang die Abschaltung von Kraftwerken, die zentral für das Funktionieren unseres Energiesystems sind.

Eine nationale Klimaschutzpolitik sollte sich stattdessen auf Sektoren außerhalb des EU-Emissionshandels konzentrieren. Denn der ETS regelt die Sektoren Energiewirtschaft und Industrie klimapolitisch bereits umfassend. Die vor wenigen Wochen verabschiedete Reform der entsprechenden EU-Richtlinie macht das deutlich: Sie schreibt der Industrie ab 2021 noch schärfere Emissionssenkungen vor, als es heute schon der Fall ist. Gleichzeitig hat die EU Maßnahmen beschlossen, die den CO₂-Zertifikatspreis und damit die Kosten für die Unternehmen erhöhen. Nationale Regelungen zusätzlich zum EU-Emissionshandel wären nur Doppelregelungen ohne Nutzen für den Klimaschutz.

Damit wir gleiche Wettbewerbsbedingungen bekommen, brauchen wir eine Ausdehnung des EU-Emissionshandels mindestens in Richtung G20-Staaten. Dies wäre auch ein großer Schritt in Richtung globalem Klimaschutz. Jeder Beitrag für diese Strategie hilft, die Ziele des Paris-Abkommens zu erreichen.

Grafik 9
Globale
CO₂-Emission
nach Regionen
1990-2016

Ermutigend sind erste Gespräche zwischen der EU und Kalifornien, an den Voraussetzungen für einen gemeinsamen CO₂-Markt zu arbeiten. Auch die testweise Einführung eines Emissionshandels ab 2018 in China könnte hier neue Perspektiven für die Verringerung von Treibhausgasen schaffen. Bis zu einem globalen CO₂-Preis ist es aber noch ein langer Weg. Bis dahin müssen die EU und die nächste Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie gewährleisten – indem keine neuen kostentreibenden Maßnahmen ergriffen werden und bestehende Entlastungsregelungen erhalten bleiben.

III. Bewertung politischer Unsicherheitsfaktor Brexit

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei den politischen Unsicherheitsfaktoren hat der Brexit ein besonderes Gewicht für die deutsche chemisch-pharmazeutische Industrie. Deshalb verfolgen wir die Brexit-Verhandlungen in Brüssel sehr genau.

Großbritannien ist ein wichtiger Handelspartner und einer der größten Märkte in der EU für unsere Unternehmen. 2016 verkaufte die Branche Produkte im Wert von fast 12 Milliarden Euro dorthin (6,7 Prozent der deutschen Chemieexporte). Den größten Anteil machten Spezialchemikalien und Pharmazeutika aus. Gleichzeitig führten deutsche Chemieunternehmen Erzeugnisse für über 6,4 Milliarden Euro (5,2 Prozent) ein. Dazu gehörten vor allem pharmazeutische Produkte und Petrochemikalien. Das deutsch-britische Außenhandelsaldo mit Chemieprodukten ist stark positiv. In den vergangenen fünf Jahren sind die Exporte nach Großbritannien stark gestiegen, die Importe gingen dagegen zurück.

Die für uns wichtigen Themen werden erst in der zweiten Phase verhandelt, wenn es um die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geht. Voraussetzung für die Eröffnung der zweiten Verhandlungsphase ist ein einstimmiger Beschluss des Europäischen Rats auf dem Gipfeltreffen am 14./15. Dezember.

Wie stark unsere Unternehmen vom Brexit betroffen sein werden, hängt vor allem vom Ergebnis dieser Verhandlungen ab. Zum einen könnten jährliche Zollzahlungen von 200 Millionen Euro in der Chemie anfallen. Und noch größere Belastungen sind zu erwarten, wenn sich für unsere Branche spezifische Regulierungen – wie zum Beispiel das Chemikalienrecht REACH oder die

Grafik 10:
Rangliste Länder
**Handelsbilanz
2016**

Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden – in Zukunft unterschiedlich entwickeln.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben bei Chemikalien sowie den Vorschriften zur Arbeitssicherheit und zum Umweltschutz die weltweit anspruchsvollste Gesetzgebung. Unterschiedliche Anforderungen würden hier erhebliche bürokratische Hürden und Kosten im Handel verursachen. Davon wären auch andere Branchen betroffen, die chemische Produkte weiterverarbeiten.

Wir brauchen eine möglichst weitgehende gegenseitige Anerkennung und gleiche Standards. Dafür muss Großbritannien durch ein umfassendes Abkommen möglichst eng an die EU gebunden bleiben.

Meine Damen und Herren,

die Politik steht vor einer Bewährungsprobe. Deutschland braucht möglichst bald eine handlungsfähige politische Führung – um die Herausforderungen in Deutschland aktiv anzugehen und auch um die Zukunft der EU nach dem Brexit mitzugestalten.

Wie auch immer sich die neue Regierung am Ende zusammensetzen wird: Ihr künftiges Programm muss eine klare Strategie für Wachstum und Innovationen erkennen lassen. Bei Digitalisierung, Infrastruktur, Bildung und Forschung oder der Energiepolitik ist Handeln gefordert.

Kontakt: VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496 E-Mail: presse@vci.de